

Europa Aktuell 4/2010

Binnenmarktausschuss verabschiedet wichtige Berichte

Am 27./28. April stimmte der Binnenmarktausschuss sowohl über den Weiler-Bericht zur Zahlungsverzugsrichtlinie sowie über den Rühle-Bericht über neue Entwicklungen im öffentlichen Auftragswesen ab.

Der Ausschuss änderte den Kommissionsvorschlag zur Anpassung der Zahlungsverzugsrichtlinie in wesentlichen Punkten:

- 30tägige Zahlungsfrist für öffentliche und private Auftraggeber,
- Streichung der von der Kommission vorgeschlagenen 5%-Pönale,
- Betriebskosten bei Zahlungsverzug können mit einem Fixbetrag von 40€ geltend gemacht werden,
- Abnahmefrist von 30 Tagen für Großbauten und Großanlagen und bei vertraglicher Vereinbarung,
- 9% Verzugszinsen;

Der Ball liegt nun bei Plenum und Rat. Da sich der Binnenmarktausschuss aber mit großer Mehrheit für diese Änderungen ausgesprochen hat, kann davon ausgegangen werden, dass auch das Parlamentsplenum dieser Linie folgen wird.

Auch die Abstimmung zum Initiativbericht von Heide Rühle über neue Entwicklungen im öffentlichen Auftragswesen ging aus kommunaler Sicht erfreulich aus, da der eher kritische Grundtenor des Entwurfs beibehalten wurde und der Ausschuss Änderungsanträge, die sich für eine Konzessionsrichtlinie sowie für förmliche Regeln für öffentlich-öffentliche Partnerschaften aussprachen, nicht zustimmte.

Auch wenn diese beiden Dossiers dem Plenum übergeben werden, befasst sich der Ausschuss weiter mit kommunalrelevanten Dossiers: Ein Initiativbericht des französischen Konservativen Damien Abad befasst sich mit der Zukunft der Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse. Damit will das Parlament sicherstellen, dass die derzeit von der Kommission dominierte (juristische) Diskussion auf die politische Ebene gehoben wird. Insbesondere die Frage, ob und wie Sozialdienstleistungen auf europäischer Ebene zu regeln sind, will das Parlament vor einer allfälligen Gesetzesinitiative der Kommission beantworten. Die Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips und die Rolle der Gemeinden und Regionen bei der Erbringung dieser Dienste wurden von den an der Diskussion beteiligten Abgeordneten gewürdigt.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/052-73509-116-04-18-909-20100426IPR73470-26-04-2010-2010-false/default_de.htm

Anpassung der Gebäuderichtlinie so gut wie fix

Nachdem sich der Rat bereits Mitte April geeinigt hat, hat nun auch der Industrieausschuss des EU-Parlaments die Anpassung der Gebäuderichtlinie abgesegnet. Die Anpassungen sehen vor, dass ab 2021 alle Neubauten Nullenergiegebäude sein sollen, ein System von „Eurocodes“ (Baustandards) soll sicherstellen, dass jedes Gebäude seinen Energiebedarf (zumindest theoretisch) selbst decken kann. Bis 2015 sollen Interimsziele festgelegt werden, Bauten der öffentlichen Hand sollen bereits Anfang 2019 den Nullenergiestandard erfüllen. Bei Renovierungen soll der Einbau intelligenter Verbrauchszähler sowie der Austausch von Heiz- und Warmwassersystemen sowie Klimaanlage durch energieeffiziente Modelle angeregt bzw. gefördert werden. Außerdem sollen Boiler und Klimaanlage regelmäßig kontrolliert werden müssen.

Da für die Umsetzung dieser Vorhaben letztlich die Gemeinden und Regionen verantwortlich sind, werden die nationalen Gesetzgeber aufgefordert, lokale und regionale Gebietskörperschaften bei der Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht zu konsultieren.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/051-73525-116-04-18-909-20100426IPR73492-26-04-2010-2010-false/default_de.htm

EuGH gegen komplette Marktöffnung für Rettungsdienste

Leistungen im öffentlichen Rettungsdienst sind nach einer Entscheidung des EuGH vom 29. April 2010 (Rs. C-160-08) nicht generell europaweit auszuschreiben. Allerdings ist es nach EU-Recht erforderlich, die Vergabe von Aufträgen über öffentliche Notfall- und qualifizierte Krankentransportleistungen bekannt zu machen.

Dem von der EU-Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren lagen Fälle verschiedener deutscher Kommunen zugrunde, bei denen diese nach dem sogenannten „Submissionsmodell“ Leistungen im Rettungsdienstwesen und im Krankentransport vergeben hatten. Beim Submissionsmodell wird der Leistungserbringer (Rettungsdienstleister), dem der Auftrag erteilt wurde, unmittelbar von dem Auftraggeber, mit dem er den Vertrag geschlossen hat, oder von einer mit diesem Auftraggeber in Verbindung stehenden Finanzierungseinrichtung vergütet.

(Autor: Norbert Portz, DStGB)

http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/

Energiekommissar würdigt Rolle der Gemeinden

Im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung über nachhaltige Lösungen gegen den Klimawandel, die am 13. April im Verbindungsbüro des Freistaates Bayern stattfand, bestätigte Energiekommissar Günther Oettinger seinen Ruf als Kenner der Kommunen.

Denn beim Ausblick auf die energiepolitischen Vorhaben der EU-Kommission vergaß er nicht auf die Rolle der Gemeinden (und der verantwortungsvollen Bürger) bei der Umsetzung der EU-Ziele vor Ort zu verweisen. Interessant war seine Aussage, dass er keinen Gegensatz zwischen europäischer Harmonisierung und starken lokalen Akteuren sehe, auch wenn eine Renaissance der Stadtwerke derzeit v.a. in Deutschland zu beobachten sei.

Im Rahmen des Bürgermeisterkonvents, der am 4. Mai in Brüssel stattfand und wo die Zahl der Unterzeichner auf 1600 anstieg, bekräftigte Oettinger überdies die Unterstützung der Kommission für den Konvent. U.a. soll sich diese Unterstützung auch finanziell niederschlagen, Oettinger will ungenutzte Mittel des Konjunkturprogramms für nachhaltige Energieprojekte der Kommunen und Regionen zur Verfügung stellen. Auch die neue europäische Energieeffizienzstrategie soll auf regionale und lokale Maßnahmen eingehen und dafür spezielle (Finanzierungs-)Programme vorsehen.

http://www.eumayors.eu/home_de.htm

AdR startet Umfrage über nachhaltige Energienutzung in Regionen und Kommunen

Als Beitrag des AdR zum Bürgermeisterkonvent wurde eine online-Umfrage über nachhaltige Energienutzung geboren. Mit Hilfe dieser Umfrage soll die Rolle lokaler und regionaler Gebietskörperschaften bei der Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels dargestellt werden.

Mithilfe der Umfrage sollen Beispiele für bewährte Verfahren aus Regionen und Kommunen gesammelt werden um politische Optionen, Herausforderungen, sowie erfolgreiche Projekte einem breiteren Publikum bekannt zu machen. Die Ergebnisse werden in die politische Botschaft des Ausschusses der Regionen für die Sondertagung des Europäischen Rates Anfang 2011 zum Thema Energiepolitik einfließen und so zur Gestaltung des künftigen europäischen Handelns in diesem Bereich beitragen. Die Teilnahme an der Umfrage ist auch auf Deutsch möglich.

<http://portal.cor.europa.eu/europe2020/news/Pages/SustainableEnergySurvey.aspx>